

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben am 16.10.2024

Sitzungsort:	Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
Beginn:	17:03 Uhr
Ende:	18:51 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Sitzungsleiter:	Herr Linnert, Beigeordneter für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung (TOP 1 – TOP 3.1) Herr Panse (ab TOP 3.2)
Schriftführer/in:	

Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung und Begrüßung	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Wahlen	
3.1.	Wahl des/ der Vorsitzenden des Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben BE: komm. Leiterin des Bereiches Oberbürgermeister	1747/24

- | | | |
|------|---|----------------|
| 3.2. | Wahl des/ der ersten stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben
BE: komm. Leiterin des Bereiches Oberbürgermeister | 1748/24 |
| 4. | Dringliche Angelegenheiten | |
| 5. | Behandlung von Anfragen | |
| 5.1. | Umsetzung von Stadtratsbeschlüssen: Arbeitsgruppe Wohnimmobilien in Verwaltung der KoWo mbH
Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herr Robeck
hinzugezogen:
Beigeordneter für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung | 1213/24 |
| 5.2. | Nachtragshaushalt 2025: Kann die Haushaltssatzung noch in diesem Jahr beraten werden?
Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herr Robeck
hinzugezogen:
Beigeordneter für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung | 1305/24 |
| 5.3. | Vergütung und Vertragsverlängerung externer Dienstleister
Fragesteller: Fraktion SPD & PIRATEN, Herr Möller
hinzugezogen:
Beigeordneter für Bau und Verkehr | 1535/24 |
| 6. | Behandlung von Entscheidungsvorlagen | |
| 6.1. | Sofortbericht des Beigeordneten:
BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
hinzugezogen:
Beigeordneter für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung | 1578/24 |
| 7. | Vorberatung von Entscheidungsvorlagen des Stadtrates | |
| 7.1. | 1. Änderungssatzung der Friedhofsgebührensatzung - FriedhGebSEF
BE: Leiter des Garten- und Friedhofsamtes | 1261/24 |

7.1.1.	Antrag der Fraktion Die Linke zur Drucksache 1261/24 - 1. Änderungssatzung der Friedhofsgebührensatzung - FriedhGebSEF	1670/24
7.1.2.	Antrag des Oberbürgermeisters zur Drucksache 1261/24 - 1. Änderungssatzung der Friedhofsgebührensatzung - FriedhGebSEF	1705/24
7.2.	Containerbeschaffung fürs GSZ BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hinzugezogen: komm. Leiterin des Dezernates für Sicherheit, Umwelt und Sport; Beigeordneter für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung	1353/24
7.3.	4. über-/außerplanmäßige Mittelbereitstellung im Haushaltsjahr 2024 BE: Leiterin der Stadtkämmerei	1628/24
7.4.	Jahresrechnung 2023 BE: Leiterin der Stadtkämmerei	1664/24
7.5.	1. Nachtragshaushalt 2025 einschl. Finanzplanung bis 2028 BE: Leiterin der Stadtkämmerei	1666/24
7.6.	Städtischer Zuschuss für Investitionsvorhaben „Reitverein Kinderleicht e.V.“ Stotternheim BE: Vertreter der Fraktion Die Linke hinzugezogen: Beigeordneter für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung	1838/24
8.	Festlegungen des Ausschusses	
8.1.	Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses (Finanzen) vom 29.08.2024 zum TOP 5.1. 1. über- / außerplanmäßigen Mittelbereitstellung nach § 58 Abs.1 ThürKO im Jahr 2024 (Drucksache 1273/24) BE: Beigeordneter für Bau und Verkehr	1638/24

- 8.2. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses (Finanzen) vom 11.09.2024 zum TOP 6.1. über die Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses (Finanzen) vom 24.07.2024 zur DS 0994/24 – weitere Nachfrage (DS 1321/24)
BE: Beigeordneter für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung **1706/24**
9. Informationen
- 9.1. Mündliche Informationen
- 9.2. Sonstige Informationen

I. Öffentlicher Teil

Drucksachen-
Nummer

1. Eröffnung und Begrüßung

Der Beigeordnete für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung, Herr Linnert, eröffnete die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben und stellte die form- und fristgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Auf Grund der anwesenden Gäste, bat Herr Hose, Fraktion CDU, den TOP 7.6 (Drucksache 1838/24) nach dem TOP 3. zu behandeln. Hierzu erhob sich kein Widerspruch.

Weitere Änderungen gab es nicht.

3. Wahlen

3.1. Wahl des/ der Vorsitzenden des Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben BE: komm. Leiterin des Bereiches Oberbürgermeister 1747/24

Herr Linnert, Beigeordneter für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung, stellte die Anwesenheit von 10 stimmberechtigten Ausschussmitgliedern fest. Bei 10 anwesenden stimmberechtigten Ausschussmitgliedern ist gewählt, wer mindestens 6 Stimmen erhält.

Für den Vorsitz des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben wurde

Herr Michael Panse, Fraktion CDU, vorgeschlagen.

Auf die Nachfrage von Herr Linnert, ob es weitere Wahlvorschläge gibt, erfolgte keine Wortmeldung.

Herr Linnert eröffnete die Wahlhandlung und bat die Mitglieder an die Wahlurne.

Nach Abgabe der Stimmzettel erklärte Herr Linnert die Wahlhandlung für beendet.

Nach dem auszählen der abgegebenen Stimmen wurde folgendes Wahlergebnis bekannt gegeben.

Von den abgegebenen Stimmen waren 2 ungültig und 8 Stimmen entfielen auf Herrn Panse. Die erforderliche Mehrheit an Stimmen wurde erreicht und Herr Panse somit als Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben gewählt.

Herr Linnert fragte ob Herr Panse die Wahl annimmt.

Herr Panse nahm die Wahl an und bedankte sich bei den Ausschussmitgliedern für das entgegengebrachte Vertrauen.

Im Anschluss übergab Herr Linnert die Sitzungsleitung an den Herrn Panse.

gewählt

Beschluss

Zum Vorsitzenden des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben wird gewählt: Herr Michael Panse.

- 3.2. **Wahl des/ der ersten stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben** 1748/24
BE: komm. Leiterin des Bereiches Oberbürgermeister

Herr Panse, Ausschussvorsitzender, stellte die Anwesenheit von 11 stimmberechtigten Ausschussmitgliedern fest. Bei 11 anwesenden stimmberechtigten Ausschussmitgliedern ist gewählt, wer mindestens 6 Stimmen erhält.

Für den stellvertretenden Vorsitz des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben wurde

Herr André Grenzdörffer, Fraktion SPD & PIRATEN, vorgeschlagen.

Auf die Nachfrage von Herr Linnert, ob es weitere Wahlvorschläge gibt, erfolgte keine Wortmeldung.

Herr Linnert eröffnete die Wahlhandlung und bat die Mitglieder an die Wahlurne.

Nach Abgabe der Stimmzettel erklärte Herr Linnert die Wahlhandlung für beendet.

Nach dem auszählen der abgegebenen Stimmen wurde folgendes Wahlergebnis bekannt gegeben.

Von den abgegebenen Stimmen waren 2 ungültig und 9 Stimmen entfielen auf Herrn Grenzdörffer. Die erforderliche Mehrheit an Stimmen wurde erreicht und Herr Grenzdörffer somit als stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben gewählt.

Herr Panse fragte ob Herr Grenzdörffer die Wahl annimmt.

Herr Grenzdörffer nahm die Wahl an.

gewählt

Beschluss

Zum ersten stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben wird gewählt: Herr André Grenzdörffer.

4. Dringliche Angelegenheiten

Es lagen keine dringlichen Angelegenheiten vor.

5. Behandlung von Anfragen

- 5.1. Umsetzung von Stadtratsbeschlüssen: Arbeitsgruppe 1213/24
Wohnimmobilien in Verwaltung der KoWo mbH
Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herr
Robeck
hinzugezogen:
Beigeordneter für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisie-
rung**

Herr Robeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte nach, ob es zwischenzeitlich schon ein Treffen gab. Herr Linnert, Beigeordneter für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung, verwies auf den § 29 (1) ThürKO, und erläuterte, dass es die Aufgabe des Oberbürgermeisters sei, die Verwaltung zu organisieren. Es gibt andere Arbeitsprioritäten die der Gesetzgeber der Verwaltung vorgibt, sodass keine Ressourcen da sind, um das vorliegende Anliegen aktuell zu erfüllen, so Herr Linnert.

zur Kenntnis genommen

- 5.2. Nachtragshaushalt 2025: Kann die Haushaltssatzung noch in diesem Jahr beraten werden? 1305/24
Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herr Robeck
hinzugezogen:
Beigeordneter für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung

Wortmeldungen gab es keine.

zur Kenntnis genommen

- 5.3. Vergütung und Vertragsverlängerung externer Dienstleister 1535/24
Fragesteller: Fraktion SPD & PIRATEN, Herr Möller
hinzugezogen:
Beigeordneter für Bau und Verkehr

Wortmeldungen gab es keine.

zur Kenntnis genommen

6. Behandlung von Entscheidungsvorlagen

- 6.1. Sofortbericht des Beigeordneten: 1578/24
BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
hinzugezogen:
Beigeordneter für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung

Herr Robeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, stellte den Antrag, die o. g. Drucksache zu vertagen.

Herr Linnert, Beigeordneter für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung, wies darauf hin, dass zur vorliegenden Drucksache bereits mehrfach Stellungnahmen erfolgten, er keinen weiteren Diskussionsbedarf mehr sähe und somit die Angelegenheit als erledigte betrachtet werden könnte.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, wurde der Antrag von Herrn Robeck, mit 1 Stimme dafür, 8 Stimmen dagegen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Im Anschluss wurde die Angelegenheit mit 9 Stimmen dafür und 1 Stimme dagegen, als erledigt betrachtet.

kein Votum

7. Vorberatung von Entscheidungsvorlagen des Stadtrates

7.1. 1. Änderungssatzung der Friedhofsgebührensatzung - 1261/24 FriedhGebSEF BE: Leiter des Garten- und Friedhofsamtes

Dieser TOP wurde gemeinsam mit den Änderungsanträgen, Drucksache 1670/24 (TOP 7.1.1) und Drucksache 1705/24 (TOP 7.1.2) zur Behandlung aufgerufen.

Frau Held, Fraktion Die Linke, plädierte dafür, dass die vorliegende Änderung bis zum Jahr 2026 aufgeschoben wird und bat deshalb um Unterstützung des durch ihre Fraktion eingereichten Änderungsantrages, Drucksache 1670/24.

Der Beigeordnete für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung, verwies auf das durch den Bundestag beschlossene Verfahren zur Umsetzung des § 2b Umsatzsteuergesetz (UStG). Mit solchen Anträgen wie es die Fraktion Die Linke wünscht, würde die Verwaltung lahmgelegt, so Herr Linnert.

Herr Rechenbach, Fraktion CDU, sprach sich für die Verwaltungsänderung aus.

Auf die Nachfrage von Frau Held, warum überhaupt die Drucksache eingereicht wurde, erklärte Herr Linnert, dass die Umsetzung des § 2b UStG bis zum 31.12.2024 zu erfolgen hat und daher die o. g. Änderung vorliegt.

Frau Neuhaus, sachkundige Bürgerin, erklärte, dass auf die Grabgebühren keine 19 % USt anfallen, es fallen nur auf bestimmte Nebenleistungen 19 % USt an.

Herr Prechtel, Fraktion Mehrwertstadt, plädierte dafür, dem Änderungsantrag der Fraktion Die Linke nicht zuzustimmen, da man sich in einem Verfahren befindet, welches der Bundestag beschlossen hat und es auch keine Rechtsgrundlage gibt, dieses abubrechen.

Herr Schuster, sachkundiger Bürger, sprach sich für den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke aus.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, stellte Herr Panse zunächst den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke, Drucksache 1670/24 zur Abstimmung. Dieser Antrag wurde mit 2 Stimmen dafür und 7 Stimmen dagegen abgelehnt.

7.3. 4. über-/außerplanmäßige Mittelbereitstellung im Haushaltsjahr 2024
BE: Leiterin der Stadtkämmerei

1628/24

Herr Panse, Ausschussvorsitzender, hinterfragte die Kostensteigerung bei den Fallzahlen der Jugendlichen und welche Prognose dies für die Zukunft mit sich zieht.

Herr Trier, Leiter des Jugendamtes, erklärte, dass die Haushalte immer auf Grundlage der Rechnungsergebnisse erstellt werden, ebenso werden auch die Personal- und Betriebskosten angeschaut. Für den Nachtragshaushalt wurden ca. 4 Mio. EUR mehr eingestellt, um nicht im nächsten Jahr wieder mit entsprechenden Anträgen in die zuständigen Ausschüsse gehen zu müssen. Die Fallzahlen lassen sich im Vorfeld nicht prognostizieren, so Herr Trier.

Hinsichtlich der Deckung durch Minderausgaben „Brückeninstandsetzungen“ und „Unterhaltung Radweg“, erkundigte sich Herr Fahrenbach, sachkundiger Bürger, welche Maßnahmen konkret hinterlegt sind und nicht mehr stattfinden sollen und ob die „Zinsausgaben Kreditinstitute“ realistisch seien.

Bezugnehmend auf die Zinsausgaben, erklärte Herr Linnert, Beigeordneter für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung, dass die im Haushaltsplan veranschlagten Investitionen nur mit sehr großer zeitlichen Verzögerung umgesetzt werden, d. h. Baumaßnahmen werden nach hinten verschoben und dadurch würden nicht mehr alle Kredite benötigt. Ergänzend hierzu, erklärte Herr Reintjes, Leiter des Tiefbau- und Verkehrsamtes, dass es sich bei den Minderausgaben um keine konkreten Maßnahmen handeln würde.

Herr Prectl, Fraktion Mehrwertstadt, fragte nach, ob der Trend dahingeht, dass die Hilfe für Jugendliche steigt und bat um eine Erklärung, warum die „Zuweisung vom Land – Digitalpakt V“, zweimal dargelegt wird und nicht aufaddiert wurde.

Hinsichtlich der steigenden Fallzahlen, bei der Hilfe für Jugendliche, ist perspektivisch gesehen, ein Anstieg und ein Trend nach oben erkennbar, so Herr Trier.

Die Leiterin der Stadtkämmerei, Frau Kühnel, erklärte, dass sich bewusst dagegen entschieden wurde, die zwei Positionen „Zuweisung von Land – Digitalpaket V“ aufzuaddieren, da es Fälle gab, wo über die Punkte einzeln abgestimmt worden ist – nach der Bestätigung wird dies aber aufaddiert.

Da die Nachfrage von Herrn Grenzdörffer, Fraktion SPD & PIRATEN, nicht beantwortet werden konnte, wurde folgende Festlegung getroffen:

Anschließend stellte Herr Panse den Antrag, die o. g. Drucksache auf den 13.11.2024 zu vertagen, mit der Empfehlung, Nachfragen bitte vorher rechtzeitig einzureichen, damit diese vorbereitet beantwortet werden können, zur Abstimmung. Dieser Antrag wurde mit 6 Stimmen dafür und 2 Stimmen dagegen bestätigt.

Somit ist die geplante Sondersitzung am 05.11.2024 obsolet.

vertagt Ja 6 Nein 2 Enthaltung 0 Befangen 0

7.6. Städtischer Zuschuss für Investitionsvorhaben „Reitverein Kinderleicht e.V.“ Stotternheim 1838/24
BE: Vertreter der Fraktion Die Linke
hinzugezogen:
Beigeordneter für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung

Dieser TOP wurde nach dem TOP 3.2 zur Behandlung aufgerufen.

Den Vertretern des Reitvereins Kinderleicht e. V. wurde einvernehmlich das Rederecht erteilt.

Zunächst ging Frau Schwarz, Fraktion Die Linke, auf den Antrag ihrer Fraktion sowie auf die dazugehörige Stellungnahme der Verwaltung ein.

Herr Hose, Fraktion CDU, erkundigte sich, wie viel Geld für die Baumaßnahme benötigt wird. Die Vertreterin des Reitvereins erklärte, dass der Gesamtbetrag für die Baumaßnahme bei ca. 160.000,00 EUR liegt und dem Reitverein noch rund 31.000,00 EUR fehlen. Des Weiteren ging sie auf die Einhaltung der Fristen ein.

Herr Prechtel, Fraktion Mehrwertstadt, äußerte sich dahingehend, dass die Maßnahme unterstützungswert sei, verwies aber gleichzeitig auf einen eventuellen übertragenen Wirkungskreis, sodass der Stadtrat diesbezüglich wahrscheinlich keinen Beschluss fassen könne.

Der Beigeordnete für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung, Herr Linnert, erklärte, dass die Baumaßnahme eine Auflage des Umwelt- und Naturschutzamtes sei und es durchaus noch andere Alternativen gäbe, die nicht ganz so kostenintensiv seien. Herr Dr. Knoblich, Beigeordneter für Kultur, Stadtentwicklung und Welterbe, unterstützte die Aussage von Herrn Linnert. Weiterhin erklärte Herr Dr. Knoblich, wenn sich die Fristen nur aus dem Zuwendungsrechtlichen ergeben, also die Maßnahme angefangen werden muss, um die Fördermittel nicht zu verwirken, wäre, dass der eine Aspekt den er noch mal zum Klären mitnehmen würde. An der Frist der Bauordnungsbehörde sollte es nicht scheitern, hier würde sich eine Lösung finden, so Herr Dr. Knoblich.

Daraufhin, erklärte die Vertreterin des Reitvereins, dass durch die Vertreter der Umweltbehörde dem Reitverein mitgeteilt wurde, dass es keine Übergangslösung, sondern eine endgültige Lösung geben müsse.

Herr Robeck, Fraktion Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, gab seine Enttäuschung zum Ausdruck, dass die Stadt Erfurt keine kurzfristigen Gespräche geführt habe. Er sprach sich für eine tragbare Lösung aus und dass die rechtlichen Hürden, hier nahm er Bezug auf den Punkt 4.1 der Sportförderrichtlinie (Ausnahmetatbestand), geklärt werden müssten.

Herr Linnert erklärte, dass die Sportförderrichtlinie ein Thema des Werkausschusses Erfurter Sportbetrieb sei und bat um eine Festlegung des Ausschusses, dass noch mal geprüft werden sollte, ob es andere preiswertere Lösungen gäbe, bevor man sich auf einen bestimmten Betrag einigt.

Herr Panse, Ausschussvorsitzender, begrüßte die angesprochene Festlegung, die aber bereits für die kommende Stadtratssitzung am 06.11.2024 vorgesehen werden sollte.

Die Leiterin der Stadtkämmerei, Frau Kühnel, verwies auf eine Stadtratsanfrage zum selben Thema – in diesem Zusammenhang ist die Frage der Zulässigkeit im Rahmen der Sportförderrichtlinie beantwortet worden. Hier erklärte Frau Kühnel, dass der Erfurter Sportbetrieb nach einer Prüfung festgestellt hat, dass die förderrechtlichen Bedingungen laut Sportförderrichtlinie nicht gegeben sind.

Da dem Reitverein geholfen werden müsse, regte Herr Hose einen Antrag für den kommenden Nachtragshaushalt an, um einen Zuschuss beschließen zu können. Die angesprochene Festlegung von Herrn Linnert, sollte dahingehend ergänzt werden, dass auch eine endgültige Lösung geprüft werden sollte. Des Weiteren regte er an, dass der eingereichte Antrag vertagt werden sollte, bis die Beantwortung der Festlegung vorliegt.

Herr Grenzdörffer, Fraktion SPD & PIRATEN, sprach sich gegen einen Antrag für den Nachtragshaushalt aus, da aus seiner Sicht die Lösung der zeitlichen Perspektive und die Zuschussung in Höhe von 31.000,00 EUR durch den Oberbürgermeister erfolgen könne. Er schlug vor, im vorliegenden Antrag den Beschlussvorschlag 01 und 03 zu streichen und begründete dies.

Bezugnehmend auf die Nachfrage von Herrn Fahrenbach, sachkundiger Bürger, einer Ausnahmeregelung der Sportförderrichtlinie, erklärte Herr Linnert, dass dies nur durch den zuständigen Werkausschuss Erfurter Sportbetrieb geklärt werden könne.

Die bereits angesprochene Festlegung bat Herr Robeck, dahingehend zu ergänzen, dass auch Alternativen geprüft werden sollten, sowie die Prüfung im Rahmen der Sportförderrichtlinie unter Nutzung des Ausnahmetatbestandes und die Prüfung im Rahmen einer anderen Vereinsförderung erfolgen sollte.

Auf Grund der aufgetretenen noch zu klärenden Fragen bzw. Prüfungen, stellte Herr Hose den Antrag auf Vertagung der Drucksache.

Da es keine weiteren Wortmeldungen mehr gab, stellte Herr Panse zunächst den Antrag auf Vertagung der Drucksache zur Abstimmung, welcher mit 5 Stimmen dafür, 5 Stimmen dagegen und 1 Enthaltung abgelehnt wurde.

Anschließend wurde noch mal nachgefragt, um welche Summe es sich genau handelt, die bezuschusst werden müsste. Die Vertreterin des Vereins erklärte, dass der Bedarf bei mind. 11.000,00 EUR liegt, die restlichen 20.000,00 EUR können anderweitig abgesichert werden.

Daraufhin wurde vorgeschlagen den Beschlusswortlaut 01 wie folgt zu ändern:

Der Oberbürgermeister unterbreitet dem Stadtrat einen haushaltsrechtlichen Vorschlag für die Bezuschussung in Höhe von ~~60.000€~~ an den Reitverein Kinderleicht e. V. Stotternheim für den Bau eines von der städtischen Bauordnungsbehörde geforderten neuen überdachten Mistplatzes. **Der Oberbürgermeister tritt dazu auch in Gespräche mit dem Landessportbund Thüringen ein.**

Die Änderung wurde durch den Antragsteller so akzeptiert, sodass die vorliegende Drucksache mit der o. g. Änderung im Beschlusswortlaut 01 einschließlich der nachfolgenden Festlegung, deren Beantwortung bis zur nächsten Stadtratssitzung am 06.11.2024 vorzulegen ist, zur Abstimmung gestellt wurde.

Drucksache 1949/24	<p>Bis zur Stadtratssitzung am 06.11.2024 wird zur Drucksache 1838/24 - Städtischer Zuschuss für Investitionsvorhaben "Reitverein Kinderleicht e. V." Stotternheim um folgende Zuarbeit gebeten:</p> <ol style="list-style-type: none">1. Prüfung der baulichen Alternativen – Gibt es auch preiswertere bzw. einfache endgültige Lösungen?2. Prüfung im Rahmen der Sportförderrichtlinie unter Nutzung des Ausnahmetatbestandes.3. Prüfung im Rahmen einer anderen Vereinsförderung. <p>T: 06.11.2024 V.: komm. Leiterin des Dezernates für Sicherheit, Umwelt und Sport</p>
-----------------------	---

bestätigt mit Änderungen Ja 10 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

8. Festlegungen des Ausschusses

- 8.1. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses (Finanzen) vom 29.08.2024 zum TOP 5.1. 1. über- / außerplanmäßigen Mittelbereitstellung nach § 58 Abs.1 ThürKO im Jahr 2024 (Drucksache 1273/24) 1638/24
BE: Beigeordneter für Bau und Verkehr

Wortmeldungen gab es nicht.

zur Kenntnis genommen

- 8.2. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses (Finanzen) vom 11.09.2024 zum TOP 6.1. über die Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses (Finanzen) vom 24.07.2024 zur DS 0994/24 – weitere Nachfrage (DS 1321/24) 1706/24
BE: Beigeordneter für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung

Wortmeldungen gab es nicht.

zur Kenntnis genommen

9. Informationen

9.1. Mündliche Informationen

Mündliche Informationen gab es nicht.

9.2. Sonstige Informationen

Es lagen keine sonstigen Informationen vor.

gez. Linnert
Beigeordneter für Finanzen,
Wirtschaft und Digitalisierung

gez. Panse
Vorsitzender

gez. 
Schriftführer/in